

Beirat Findorff

Fachausschuss „Soziales“

Definierte Aufenthaltsorte und Toleranzräume für wohnungslose Menschen in Bremen

Der Sozialausschuss Findorff fordert die SenatorInnen für Soziales, Jugend, Integration und Sport und für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie für Wirtschaft, Arbeit und Europa und für Inneres auf, ressortübergreifend geeignete Flächen und definierte Räume zu suchen, damit sich auch weiterhin obdachlose Menschen und Jugendgruppen im Freien aufhalten können. Gleichzeitig wird die M3B aufgefordert, die mittlerweile entfernten Bauzäune nicht wieder neu zu errichten.

Wichtig ist, dass bei der Findung von geeigneten Flächen und Räumen auch eine angemessene Anzahl von sanitären Anlagen berücksichtigt wird. Des Weiteren müssen diese Flächen auch provisorische Übernachtungen für Menschen ermöglichen, die nicht oder noch nicht bereit sind, in eine Unterkunft zu gehen. Dabei sind auch die Bedarfe von obdachlosen Menschen zu berücksichtigen, die mehr Frei- und Toleranzräume benötigen. Bei der Umsetzung sind die bereits Kontakt habenden Stellen, wie die „Innere Mission“, comeback gGmbH und das „Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen“, miteinzubeziehen. Ferner fordern wir die Einbindung von Betroffenen an diesem Prozess, sowie auch die zuständigen Beiräte.

Der aktuelle Bedarf an provisorischen Unterkünften besteht derzeit in Bremen unabhängig von der Umsetzung des Pilotprojektes "Housing First". Damit aber das Problem nachhaltig gelöst wird, ist dieser Bedarf an provisorischen Unterkünften in die Umsetzung des Pilotprojektes einzubinden.

Begründung:

Am 24.11.2020 hat der Sozialausschuss Findorff sich anlässlich des Aufstellen eines Bauzaunes rund um das ÖVB-Arena-Gelände zur Verdrängung obdachloser Menschen und einer Jugendgruppe mit der Thematik von definierten Aufenthaltsorten dieser Menschen beschäftigt.

Aufgrund von diversen Vorkommnissen (Sachbeschädigung, Urinieren, Belästigung etc.) wurde von der M3B rund um die ÖVB-Arena Bauzäune aufgestellt, damit die oben genannten Personengruppen diesen Ort nicht mehr als ihren Aufenthaltsort nutzen können. Derweil wurde keine Alternative gestellt.

In Gesprächen mit der Messe, der „Inneren Mission“ und der comeback gGmbH wurde deutlich, dass alle Beteiligten an einer konstruktiven Lösung interessiert sind. Im Vordergrund steht vor allem der Wunsch, dass die dort ansässigen Menschen nicht weiter „vertröstet“ oder gar vertrieben werden.

(Einstimmiger Beschluss in der Sitzung des Fachausschusses am 26.01.2021)